

# Liechtensteiner Volksblatt



AZ - FL-9494 Schaan, Mittwoch, 12. September 1973 Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag Mit den amtlichen Publikationen 106. Jahrgang - Nr. 134

## Öldestillier-Anlage und Kernkraftwerk

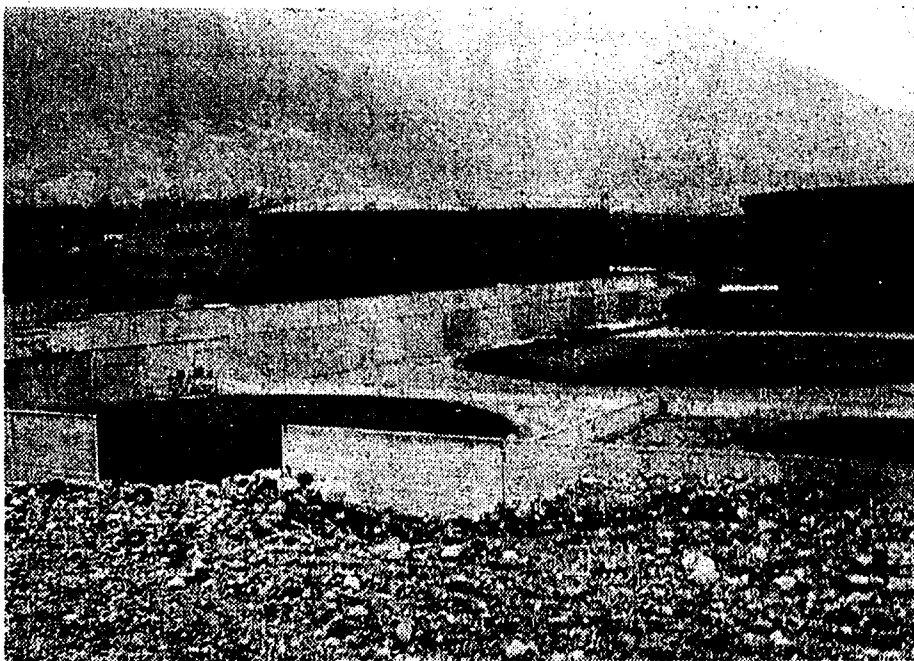
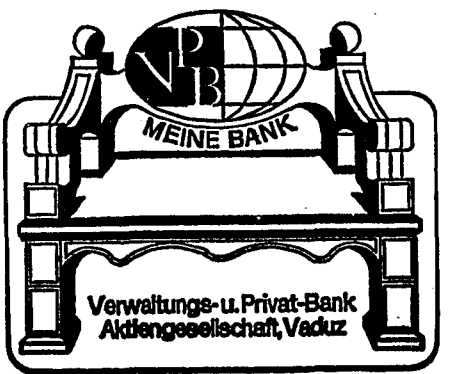
### Segen oder Fluch für das Rheintal - Kommission Dürr orientierte über den Stand der bisherigen Ermittlungen in Sachen Rütli und Sennwald

Die Arbeitsgemeinschaft Rheintal-Werdenberg hatte sich anlässlich der Hauptversammlung des Jahres 1972 die Aufgabe gestellt, sich näher mit den Immissionen aus der Oelumschlagsanlage Sennwald und dem geplanten Atomkraftwerk Rütli zu befassen, und dazu eine Kommission unter dem Vorsitz von Nationalrat Andreas Dürr bestellt. Diese Kommission ist objektiv an ihre Aufgabe herangetreten und hat in stundenlanger, unbezahlter Arbeit und, ohne irgendwelche wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, Material gesammelt und eine umfangreiche Dokumentationsmappe angelegt. Sie möchte Bindeglied sein zwischen Rheintaler Bevölkerung einerseits und St. Galler Regierung und NOK andererseits.

Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Rheintal-Werdenberg, Hans Rohner, Buchs, konnte letzten Montag im Hotel Sonne in Altstätten eine grosse Zahl von Presseleuten begrüssen, ein Beweis für das lebhafteste Interesse, das heute der umstrittenen Angelegenheit entgegengebracht wird. Hans Rohner dankte der Kommission Dürr für die grosse, uneigennützig geleistete Arbeit. In Kurzreferaten wurden anschliessend in sachlicher, leidenschaftsloser Weise die verschiedenen Aspekte beleuchtet.

## Fürstliche Anerkennung

(Mitg.) Seine Durchlaucht der Landesfürst verlieh mit Entschliessung vom 16. August 1973 Herrn Dr. Ing. Adolf Schneider, Direktor der Ivoclar AG in Schaan, in Anerkennung seiner grossen Verdienste um die liechtensteinische Wirtschaft und Industrie das Komturkreuz mit Stern des Fürstlich Liechtensteinischen Verdienstordens. Seine Durchlaucht der Fürst empfing Herrn Dr. Ing. Schneider am Montag, 10. September 1973, auf Schloss Vaduz und überreichte ihm die Ordensdekoration.



Ein Augenschein auf dem «Feldherrenhügel» vermittelt einen Ueberblick über die im Bau befindliche Tankanlage.

### Weder Naturschutzreservat noch industrielles Wachstum um jeden Preis

Nachdrücklich betonte Nationalrat Andreas Dürr, Gams, dass keineswegs die Absicht bestehe, aus dem St. Galler Rheintal ein Naturschutzreservat oder gar ein Museum zu machen. Die Kommission bejahe eine organische Entwicklung unseres Tales, wobei allerdings dieses Wachstum nicht um jeden Preis vor sich gehen dürfe. Heute gelte es zu warnen und zu mahnen, wo überdimensionierte Entwicklungstendenzen die Funktion für gesunde Lebensbedingungen bedrohen. Wie Nationalrat Dürr weiter ausführte, besitze die von ihm präzipierte Kommission bezüglich des geplanten Atomkraftwerkes keine substantiellen Unterlagen, doch dürften Planung und Vorarbeiten vor dem Abschluss stehen. Beim Oelumschlagsplatz Sennwald hingegen liegen konkretere Ergebnisse vor, die von der Kommission kritisch, aber objektiv besprochen worden seien. Auf Grund der Feststellung, dass der im Gutachten Lehmann vorgeschlagene Belastungsfaktor 0,75 lediglich auf Annahmen und nicht auf exakten Berechnungen beruht, habe die Kommission am 5. Dezember 1972 dem St. Gallischen Regierungsrat verschiedene Begehren eingereicht. So wurden als Forderungen erhoben, dass der So<sub>2</sub>-Belastungsfaktor für Halbstundenwerte höchstens 0,35 mg/m<sup>3</sup> und für Vierundzwanzigstundenwerte höchstens 0,15 mg/m<sup>3</sup> betragen dürfe. Die Messungen des So<sub>2</sub>-Gehaltes der Luft im Rheintal soll an den meistgefährdeten Stellen vorgenommen werden. Unter anderem sei auf dem Kamin der Destillationsanlage eine Messstelle zu installieren, um Ueberlastungen der Luft sofort korrigieren zu können. Verlangt wurde ferner, dass für die Errichtung des Atomkraftwerkes keine Baubewilligung erteilt werden dürfe, bevor die Kommission nicht alle Details betreffend Umweltschutz prüfen und dazu Stellung nehmen könne.

Mit lebhaftem Bedauern stellte Nationalrat Dürr fest, dass alle bisherigen ernsthaften Bemühungen bis zum heutigen Tag erfolglos geblieben seien.

So sei dem Hauptanliegen, die Ueberprüfung des Immissionskombinats Oelumschlagsanlage mit Schwefeldioxyd-Ausstoss / Atomkraftwerk mit 500 Sek/l Wasserdampfausstoss keinerlei Beachtung geschenkt worden. Im weiteren habe der Regierungsrat bei den ohne weiteres erfüllbaren Forderungen zum Schutz der Talbevölkerung keine materiellen Entscheide riskiert. Ueberdies werde der Oelumschlagsanlage jeglicher Rechtsschutz zugesichert, während die Bevölkerung des Rheintals um Teilsicherungen für absolut begründete Begehren bangen müsse. Schliesslich betonte Nationalrat Dürr, dass grosse Bevölkerungskreise nach wie vor eine Ausweitung der Oelumschlagsanlage zu einer Raffinerie befürchten.

In einem gut fundierten Referat behandelte Kantonsrat Adolf Stähli, Diöpsau, die technischen Probleme der Rauchgasverteilung. Er zeigte auf, dass sich die Wissen-

schafter bei der Festlegung der unschädlichen Grenzwerte nicht einig sind, denn in anderen Ländern mit gesetzlichen Vorschriften werden weit niedrigere Grenzwerte für Schwefeldioxyd-Immissionen (So<sub>2</sub>) vorgeschrieben. So werden zum Beispiel in Deutschland für den Bau eines neuen Werkes diesem nur 0,35 mgr So<sub>2</sub> pro m<sup>3</sup> zugestanden, so dass eine Reserve von 0,30 mgr/m<sup>3</sup> für die weitere Entwicklung vorhanden ist. Das Gutachten für Sennwald gesteht aber dem Werk eine Belastung von 0,60 mgr/m<sup>3</sup> zu und nimmt weiter an, die bereits vorhandene So<sub>2</sub>-Verschmutzung betrage 0,10 mgr/m<sup>3</sup>. Die verbleibende Spanne bis zur Erreichung des empfohlenen Grenzwertes beträgt also nur noch 0,10 mgr So<sub>2</sub> pro m<sup>3</sup>, was im Hinblick auf eine weitere Besiedlung und auch im Hinblick auf die zusätzliche Luftverunreinigung durch den Motorfahrzeugverkehr im Zusammenhang mit der Umschlagsanlage zu wenig sei.

### Zur Frage des Standortes für Atomkraftwerke

äusserte sich Ingenieur Chr. Beusch, Buchs. Etwa 6 km vom Hochkamin in Sennwald entfernt sei in Rütli die Errichtung eines Nass-Kühlturmes vorgesehen, welcher pro Sekunde eine Menge von 600 kg Wasser ausstossen werde (pro Stunde also über 2000 Tonnen). Nasskühltürme gehörten nicht in die Nähe von Autostrassen, erklärte Christian Beusch weiter. Hingegen biete sich heute ein neues, besseres System, die sogenannte Hybridkühlung an. Er verlangte, dass dieses System wie auch der gasgekühlte Hochtemperatur-Reaktor (HTGR) in die Evaluation einbezogen werden. Im weiteren sprach er sich für die multiple Nutzung unserer Stauseen aus und erklärte, dass dem Einbau von Atomkraftwerken in Felskavernen am oberen Ende von Stauseen nichts entgegenstehe. Mit der multiplen Nut-

zung unserer Stauseen könnte billige Energie erzeugt und die Umstellung von der umweltverschmutzenden Ölheizung auf elektrische Heizung bewerkstelligt werden.

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz setzte sich Hans Rhyner, Buchs, noch kritisch auseinander mit den Gutachten über die Oelumschlagsanlage in Sennwald. Er behauptete, dass die verschiedenen Gutachten sich lediglich auf Annahmen stützten, dass die meteorologischen Abklärungen Lücken aufwiesen und dass die St. Gallische Regierung die Baubewilligung erteilt habe, bevor gründliche Abklärungen über das Zusammenwirken der Ausstösse der Anlage in Sennwald mit dem Wasserdampfausstoss beim Atomkraftwerk durchgeführt worden waren. Andererseits anerkannte er aber die Vertrauenswürdigkeit des Gutachtens Brunner.

### Aus der Sicht der Gemeinden Rütli und Oberriet

In einem weiteren Exposé legte Gemeindevorstand Walter Kobler den Standpunkt der Gemeinde Rütli zum Bau eines Atomkraftwerkes dar. Er erklärte, dass dadurch die Gemeinde eine Standortaufwertung und eine finanzielle Besserstellung erfahren werde. Im übrigen sei der Gemeinderat von Rütli nach reiflicher Ueberlegung zum Schluss gekommen, dass der Bau und Betrieb eines Kernkraftwerkes unter Einhaltung der sehr strengen gesetzlichen Sicherheitsvorschriften verantwortet werden könne und dass weder für Mensch noch für Tier und Pflanzenwelt die Gefahr einer Schädigung bestehe.

Gemeindevorstand Alex Oberholzer brachte alsdann die Bedenken der Gemeinde Oberriet zum Ausdruck. Dabei wies er darauf hin, dass die Dorfschaften Oberriet, Eichenwies und teilweise auch Montlingen unmittelbar in der Hauptwindrichtung des geplanten Werkes liegen, während die Standortgemeinde Rütli sich nur am Rande derselben befindet. Die Oberrieter Bevölkerung wäre nach den Ausführungen von Gemeindevorstand Oberholzer eindeutig die «Leidtragende» aus den Immissionen der Dampfahne. Schliesslich wies er noch auf die einstimmig gutgeheissene Resolution hin, in welcher die politische Bürgerversammlung ihre Bedenken und Vorbehalte gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Rütli zum Ausdruck gebracht habe. Die Bevölkerung verfolge weiterhin mit wachsender Beunruhigung die Entwicklung der Lage.

### Ein Augenschein in Sennwald

Der Nachmittag war der Besichtigung der in Bau befindlichen Oeldestillationsanlage gewidmet, wo Alt-Kantonsingenieur Pfiffner darauf hinwies, dass die Bodensenkung minimal sei und dass die Tanks in Wannen eingebaut würden, die eventuell auslaufendes Öl auffangen würden. Die Letztihin in der Presse geäusserten Bedenken wies er als grundlos zurück. Es wäre von Vorteil, wenn in Zukunft die zuständigen Stellen etwas rascher mit einer Erklärung reagieren würden, um die nicht ohne Grund miss-trauische Bevölkerung nicht noch mehr

zu verunsichern. Ein Besuch bei der meteorologischen Beobachtungsstation in Rütli vermittelte einen Einblick in die präzisen Messungen mittels Elektronik, die von Dr. Brunner durchgeführt werden.

Alles in allem erhielt man den Eindruck, dass auf beiden Seiten viel guter Wille vorhanden ist; man kann es aber der Rheintaler Bevölkerung nicht verargen, wenn sie nach den mit dem projektierten thermischen Kraftwerk gemachten Erfahrungen heute gegenüber den neuen Bauvorhaben ein gewisses Misstrauen an den Tag legt.

## Die aktuelle Frage

### Presse: Sorgfaltspflicht und Fairness verletzt?

Haben wir unsere Sorgfaltspflicht als Zeitung und unsere Fairness gegenüber den übrigen Redaktionen verletzt, weil wir die am Festakt zum Zollvertragsjubiläum am Samstagvormittag gehaltenen, offiziellen Reden, bereits am Samstagmorgen — also etwa zur gleichen Stunde, da sie auf Schloss Vaduz vorgetragen wurden, veröffentlichten? Diese Frage müssen wir uns stellen, wenn wir entsprechende Einwände politischer (VU-)Exponenten während der Festlichkeiten und eine diesbezügliche Stellungnahme des Organs der Regierungspartei vom 11. September ernst nehmen wollen. — Zunächst die Ausgangslage: Der Festakt selbst fand am Samstagvormittag statt. Der erste erreichbare Zeitungstermin nach der Jubiläumsfeier lag also drei Tage später, am darauffolgenden Dienstag. Die liechtensteinischen Blätter werden ohne Ausnahme durch die Post zugestellt, der überwiegende Teil der Abonnenten erhält sie vom Briefträger, meist in den späteren Vormittagsstunden. Die Reden selbst standen indessen schon am Donnerstag bzw. Freitagmorgen (mit Sperrfrist Samstag 10.30 Uhr) zur Verfügung. Aufgrund dieser Situation hätten sich die Liechtensteiner am Sonntag oder Montag mit schweizerischen Tageszeitungen eindecken müssen, um vor Dienstagmittag lesen zu können, was unser Landesfürst, der schweizerische Regierungsvertreter und unser Landtagspräsident bereits am Samstagvormittag auf Schloss Vaduz ausgeführt haben. Angesichts dieser Umstände und aufgrund der Tatsache, dass am offiziellen Festakt auf Schloss Vaduz nur rund 250 von mehr als vierzehntausend Liechtensteinern teilnehmen konnten, entschlossen wir uns, die Reden auch für den übrigen Teil der liechtensteinischen Öffentlichkeit rechtzeitig, d. h. frühzeitig, zugänglich zu machen. Wir haben, und das scheint uns entscheidend in der ganzen Angelegenheit, den Chefredaktor des «Liechtensteiner Vaterland» bereits am Donnerstag vor den Festlichkeiten über unsere Absichten ins Bild gesetzt, und ihm ausdrücklich erklärt, dass wir die Reden bereits in unserer Samstagausgabe veröffentlichen werden. Ein Faktum übrigens, das vom «Vaterland» in der kritischen Stellungnahme einfach verschwiegen wurde. Wir fragen uns nun, wo wir journalistische Fairness verletzt haben, und, ob es mangelnde Sorgfalt ist, wenn man die liechtensteinische Öffentlichkeit rechtzeitig an einem Festakt teilhaben lässt, von dem diese mindestens so tangiert ist, wie jener exklusive Kreis von Gästen, der das Geschehen aus erster Hand auf Schloss Vaduz mitverfolgen konnte?



Die Presseleute gruppieren sich um alt-Kantonsingenieur Pfiffner, welcher anhand von graphischen Darstellungen die Senkungsquote erläuterte.